

## Polizeiaufgabengesetz (PAG)

Am 15. Mai 2018 wurde mit den Stimmen der CSU, die aktuell im Bayrischen Landtag über eine absolute Mehrheit verfügt, das *Gesetz zu Neuordnung des bayrischen Polizeirechts* verabschiedet. Dieses Gesetz stellt eine Novellierung<sup>1</sup>, also eine Gesetzesänderung, des bereits bestehenden Polizeiaufgabengesetzes<sup>2</sup> dar.

Inhaltlich werden in dieser Novelle diverse Punkte neugeregelt; so beispielsweise die Sicherstellung von Postsendungen ohne Inkennnissetzen des Betroffenen. Das Ganze geschieht allerdings unter Richtervorbehalt, also nur mit Genehmigung eines Richters. Außerdem darf die Polizei durch das Gesetz jetzt auch verdeckte Ermittler und V-Leute einsetzen.<sup>3</sup>

Besonders strittig ist der Begriff der „drohenden Gefahr“: Demnach „kann die Polizei die notwendigen Maßnahmen treffen, um einen Sachverhalt aufzuklären und die Entstehung einer Gefahr für ein bedeutendes Rechtsgut zu verhindern, wenn im Einzelfall das individuelle Verhalten einer Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet oder Vorbereitungshandlungen für sich oder zusammen mit weiteren bestimmten Tatsachen den Schluss auf ein seiner Art nach konkretisiertes Geschehen zulassen, wonach in absehbarer Zeit Angriffe von erheblicher Intensität oder Auswirkung zu erwarten sind.“ (Art. 11 Abs. 3 Satz 1 PAG n. F.)<sup>4</sup>

Allerdings ist der Begriff der „drohenden Gefahr“ schon vergangenes Jahr in das bayrische Polizeiaufgabengesetz eingepflegt worden. Seit 2017 sind bereits bei „drohender Gefahr“ Maßnahmen wie Identitätsfeststellung, Personendurchsuchungen, Platzverweise und Kontaktverbote erlaubt.<sup>5</sup>

Außerdem wurde im Zuge der Novelle 2017 eine unbegrenzte Präventivhaft bei „drohender Gefahr“ eingeführt, bei der ein Richter nur alle 3 Monate prüfen muss, ob die Haft immer noch angemessen ist. Diese Maßnahme wurde letztes Jahr in der Öffentlichkeit unter dem Begriff der *Unendlichkeitshaft* breit diskutiert.<sup>6</sup>

Im September 2017 wurde gegen das Gesetz, speziell wegen des Begriffs der „drohenden Gefahr“ und des unbegrenzten Sicherheitsgewahrsams, Klage beim bayrischen Verfassungsgerichtshof eingereicht. Diese beiden Punkte sollen von dem Gericht auf das Prinzip des staatsrechtlichen Bestimmtheitsgebots überprüft werden.<sup>7</sup> Überprüft werden soll also konkret, ob der Bürger erkennen kann, welche Rechtsfolgen sein Verhalten möglicherweise haben kann.<sup>8</sup>

In der bereits angesprochenen Novelle 2018 wurde bei „drohender Gefahr“ darüber hinaus beispielsweise eine Onlinedurchsuchung zulässig.<sup>9</sup>

---

<sup>1</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Novelle\\_\(Recht\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Novelle_(Recht))

<sup>2</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Polizeiaufgabengesetz\\_\(Bayern\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Polizeiaufgabengesetz_(Bayern))

<sup>3</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Polizeiaufgabengesetz\\_\(Bayern\)#Einzelne\\_Regelungen](https://de.wikipedia.org/wiki/Polizeiaufgabengesetz_(Bayern)#Einzelne_Regelungen)

<sup>4</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Polizeiaufgabengesetz\\_\(Bayern\)#Begriff\\_der\\_drohenden\\_Gefahr](https://de.wikipedia.org/wiki/Polizeiaufgabengesetz_(Bayern)#Begriff_der_drohenden_Gefahr)

<sup>5</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Polizeiaufgabengesetz\\_\(Bayern\)#Erweiterung\\_einzelner\\_Befugnisse](https://de.wikipedia.org/wiki/Polizeiaufgabengesetz_(Bayern)#Erweiterung_einzelner_Befugnisse)

<sup>6</sup> <https://www.sueddeutsche.de/bayern/gebrahrder-gesetz-bayern-fuehrt-die-unendlichkeitshaft-ein-1.3594307>

<sup>7</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Polizeiaufgabengesetz\\_\(Bayern\)#Verfassungsm%C3%A4%C3%9Figkeit](https://de.wikipedia.org/wiki/Polizeiaufgabengesetz_(Bayern)#Verfassungsm%C3%A4%C3%9Figkeit)

<sup>8</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Staatsrechtlicher\\_Bestimmtheitsgrundsatz\\_\(Deutschland\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Staatsrechtlicher_Bestimmtheitsgrundsatz_(Deutschland))

<sup>9</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Polizeiaufgabengesetz\\_\(Bayern\)#Einzelne\\_Regelungen](https://de.wikipedia.org/wiki/Polizeiaufgabengesetz_(Bayern)#Einzelne_Regelungen)

Als Reaktion haben im Mai 2018 30.000 Leute in der Münchener Innenstadt gegen das Gesetz demonstriert<sup>10</sup>. Am 6. Juni haben die bayrischen Grünen<sup>11</sup> und am 5. September hat die bayrische SPD<sup>12</sup> Klage gegen das bayrische PAG beim bayrischen Verfassungsgericht eingereicht. In dieser Woche haben die Bundestagsfraktionen der Grünen, der FDP und der Linken angekündigt, vor dem Bundesverfassungsgericht Klage gegen das bayrische PAG einzureichen.<sup>13</sup>

Allerdings gibt es auch in anderen Bundesländern in der Öffentlichkeit diskutierte Änderungsbestrebungen bezüglich ihrer Polizeiaufgabengesetze. So beispielsweise im schwarz-gelben NRW:

Dort geht es um Fußfesseln, die Ausweitung der Videoüberwachung und Elektroschockpistolen.<sup>14</sup> Auch in NRW taucht der Begriff der „drohenden Gefahr“ auf, in Zuge derer Gefährder bis zu einem Monat festgehalten werden können. Die NRW-Grünen erwägen eine Verfassungsklage.<sup>15</sup>

Das rot-rot-grüne Thüringen plante ebenfalls eine Überarbeitung Ihres PAGs, um die Befugnisse der Polizei genauer einzugrenzen und zu definieren. Allerdings ist es auf Grund von Unstimmigkeiten nicht dazu gekommen.<sup>16</sup>

Aktuell arbeitet eine Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz an einem bundesweiten Musterpolizeigesetz, allerdings ist dessen tatsächliche Realisierung sehr unwahrscheinlich.<sup>17</sup>

---

<sup>10</sup> <https://www.tz.de/muenchen/stadt/muenchen-ort29098/muenchen-protest-grossdemo-polizeiaufgabengesetz-ticker-marienplatz-9844151.html>

<sup>11</sup> <https://www.sueddeutsche.de/bayern/pag-in-bayern-gruene-klagen-gegen-neues-polizeiaufgabengesetz-1.4004540>

<sup>12</sup> <https://www.sueddeutsche.de/bayern/pag-bayern-spd-klage-polizeiaufgabengesetz-1.4118631>

<sup>13</sup> <https://www.br.de/nachrichten/bayern/fdp-gruene-und-linke-klagen-gegen-bayerisches-pag,R3EeMpJ>

<sup>14</sup> <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/kritik-an-polizeinovelle-100.html>

<sup>15</sup> <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/polizeigesetz-gefaehrder-rechtsstaat-100.html>

<sup>16</sup> <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/regional/polizeiaufgabengesetz-thueringen-bleibt-100.html>

<sup>17</sup> <https://www.tagesspiegel.de/politik/polizeigesetz-fuer-alle-bundeslaender-ein-mustergesetz-ohne-wert/23054684.html>